

Volkswacht

für Schlesien, Polen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. — Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 25 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6624.

Insertionsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 248.

Breslau, Sonnabend, 22. October 1892.

3. Jahrgang

Der Streik von Carmaux.

Herr Loubet scheint es nach den blutigen Lorbeeren Constans' zu gelüsten. Nach dem Gemekel von Fourmies möchte er zur höheren Ehre der Plutokratie ein solches in Carmaux veranstalten. Auf sein Geheiß hat nämlich der Präfect von Tarn eine Rundmachung erlassen, wonach alle Ansammlungen, welche die „freie Circulation“ stören, sowohl in Carmaux wie in den angrenzenden Gemeinden Blave, Rosières und Saint-Benoit verboten sind. Man hätte dies allenfalls gleich nach Ausbruch des Streiks begreiflich gefunden, als eine Gruppe von Streikenden in die Wohnung des Grubendirectors eindrang, um ihn zur Demission zu zwingen; aber jetzt, nachdem der Streik schon zwei Monate währt, ohne daß die Ruhe auch nur einen Moment gestört worden wäre, ist eine solche Rundmachung, welche über die von den Streikenden bewohnten Gemeinden gleichsam den Belagerungsstand verhängt, die reinste Provocation. Als solche wird sie auch allgemein aufgefaßt und, zwar nicht nur in socialistischen Kreisen, nicht nur von den Arbeitern im allgemeinen, sondern auch von der Majorität der bürgerlichen Republikaner, so daß auf Seite der Regierung nur die Handlanger der Reaction und des Capitalismus verbleiben.

Herr Loubet, der in seiner Superflugsheit sicherlich wähnte, mit dem Präfectoral-Erlaß ein Meisterstück politischer Kunst vollbracht zu haben, wird nun wohl bald erfahren, daß er nichts als eine große Dummheit gemacht hat. Anstatt als Retter der Gesellschaft im allgemeinen und der Grubengesellschaft im besonderen auftreten zu können, wird er bald die Hände voll zu thun haben, um seinen Sitz als Minister zu retten. Ja, wenn es sich bei diesem Streik nur um

eine Lohnerhöhung, eine Verkürzung der Arbeitszeit oder um eine sonstige öconomische Forderung gehandelt hätte, dann hätte Herr Loubet noch ein leichtes Spiel gehabt. Man hätte da auf die Löhne und die Arbeitszeit in den belgischen und deutschen Kohlengruben hingewiesen und die ausländische Concurrenz angerufen, um die Grubenarbeiter von Carmaux zu Paaren zu treiben. Die öffentliche Meinung hätte sich dabei sicherlich nicht sonderlich aufgeregt. So handelt es sich aber um einen politischen Streik, um einen Streik, dessen Ausgangspunkt und Endziel die Wahrung des allgemeinen Stimm- und Wahlrechts, des Suffrage universel ist, für welches das republikanische Frankreich eine Revolution gemacht und an dem es, unter welcher Form es auch immer sei, nicht gerüttelt haben will, am allerwenigsten von einer Grubengesellschaft, an deren Spitze der bonapartistische Baron Reille und dessen Schwiegersohn Marquis de Solages stehen, die beide Abgeordnete sind und natürlich stets im revolutionären Sinne votiren. Und daß die Grubengesellschaft sich über das Suffrage universel hinwegsetzte und seiner spottete, als sie Calvoignac entließ, ist heute, trotz alles Zeugens Reille's, eine ausgemachte Sache. Wäre Calvoignac nicht Maire von Carmaux geworden, hätte er sicherlich heute noch seinen Arbeitsplatz inne. Man wird es niemandem ernstlich glauben machen können, daß ein Arbeiter, der an zwanzig Jahre im Dienste einer und derselben Grubengesellschaft gestanden und dessen Vater, nebenbei bemerkt, in den Gruben dieser Gesellschaft seinen Tod fand, aus anderem Grunde als wegen seiner Wahl zum Bürgermeister entlassen wurde. Und gelänge es auch sonst, Nachlässigkeit im Dienst oder Unbrauchbarkeit als den wahren Entlassungsgrund auszugeben; von dem Momente an, als sämmtliche Kollegen des Entlassenen, d. i. nahezu 3000 Arbeiter

das Gegentheil behaupten und zu dessen Bekräftigung gemeinsam ihre Arbeit einstellen, sind alle Ausflüchte vergebens. Eines nachlässigen oder unbrauchbaren Kollegen halber hat noch kein Arbeiter einen Streik erklärt und am allerwenigsten eine so große Zahl wie die Kollegen Calvoignac's.

Nein, die Entlassung Calvoignac's sollte eine dem allgemeinen Stimm- und Wahlrecht verlegte Ohrfeige sein. Baron Reille und Consorten wähnten, daß die Gemeinden, in welchen ihr Grubenwerk liegt und ihre Arbeiter wohnen, ihnen unterthan seien und sie darüber wie über ihre Gruben nach Belieben schalten und walten können. So lange die Arbeiter gedankenlos in den Tag hineinlebten, ging dies auch. Da waren die Gemeinderäthe nichts als Werkzeuge der Grubengesellschaft, die Gemeindeverwaltungen nichts als Filialen der Grubenverwaltungen. Nun sie sich aber zu Gewerkschaften und socialistischen Bildungsvereinen zusammenhalten, da änderte sich mit einem Male die ganze Sachlage. Da wurde es Reille und Consorten bald klar, daß die Arbeiter keine Hörigen seien und die Gemeinden nicht ihr Lehen bilden. Man hat es den Arbeitern so oft, und namentlich von bürgerlicher Seite, gelehrt, daß sie mit dem Stimmzettel alles vermöchten; daß, wenn sie mit den herrschenden Einrichtungen unzufrieden seien, sie nur andere Männer, nur Leute ihrer Anschauungen in Staat und Gemeinde zu entsenden hätten, um Alles nach ihren Wünschen gestalten zu sehen. Der „Temps“ hat neulich erst erklärt: „Sind die Arbeiter nicht zahlreicher als die Arbeitgeber? Wenn sie eine Reform wollen und die Majorität haben, sind sie nicht sicher, daß sie sich vollführen werde? Gemeinderäthe, Generalräthe, Kammer und Senat, Minister und Präsident der Republik, sowie alle von ihnen abhängigen Verwaltungen, hängt

Die Hand der Erbin.

Original-Roman von D. Reinhold.

36]

Kaschdruck verboten.

Er winkte einen der mit einer Laterne versehenen Männer an seine Seite und ging dann langsam, seine Begleiterin vorsichtig führend, nach dem Waldwege zurück, auf welchem sie heraufgestiegen waren.

Sein Auftreten hatte den Landleuten so gewaltig imponirt, daß keiner den Muth hatte, ihm durch eine unerbetene Begleitung lästig zu fallen, und daß sich ihnen Niemand angeschlossen. Auch tobte und gesticulirte der zurückgebliebene Büchelhofbauer so heftig, daß sich schon aus Neugierde alles wieder um ihn zusammenscharte und daß sich das junge Paar im Dunkel des schweigenden Waldes bald allein sah mit dem Laternensträger, einem alten gebeugten Männchen, das ihnen immer um einige Schritte voraus war und sich offenbar nur sehr wenig um ihre Unterhaltung kümmerte.

Während der ersten zehn Minuten hatten sie vollständig geschwiegen; dann endlich hatte Helene die Kraft gefunden, ihrem Retter für seine muthige Hilfeleistung zu danken. In den zartesten Worten aber hatte er jeden Dank abgelehnt, und mit einer feinfühligten Rücksichtnahme, die nur die Frucht einer ausgezeichneten gesellschaftlichen Erziehung sein konnte, hatte er Helene zu trösten und ihren gebrochenen Muth aufzurichten gewußt.

Er mußte ihr in dieser Stunde in der That als ein Vorbild edler, kraftvoller Ritterlichkeit erscheinen, und statt des unerklärlichen Mißtrauens, das sie bis dahin in seiner Nähe noch immer beherrscht hatte, mußte nothwendig eine warme Regung der Verehrung und Bewunderung für ihn in ihrem Herzen lebendig werden.

Und dennoch hätte ein einziges unvorsichtiges Wort aus seinem Munde gerade jetzt alle diese Vortheile nur zu leicht wieder zerstören können, und es war vielleicht der größte Beweis seiner Klugheit und seiner weisen Berechnung, daß er es sorgfältig vermied, die für ihn so günstige Situation noch weiter zu seinem Vortheile auszubehalten und ihr Anträge irgend welcher Art zu stellen.

Sicherlich war diese Enthaltensamkeit das beste Mittel, ihr Vertrauen zu befestigen und sich seinen Einfluß über ihre Unerfahrenheit für alle Zukunft zu gewinnen.

Als sie den Ausgang des Waldes erreicht hatten und in den kurzen Wiesenweg bis zur Landstraße einbogen, sahen sie vom Dorfe her einen Wagen herankommen, dessen Führer ihnen schon aus einiger Entfernung mit der Peitsche winkte, um sie zum Stehenbleiben zu veranlassen. Ulrich hatte sich seines Auftrages mit einer fast unbegreiflichen Schnelligkeit entledigt, und wenn auch das Fahrzeug, welches er aufgetrieben hatte, nur eine Landkutsche von der denkbar einfachsten Beschaffenheit war, so wurde ihr Erscheinen

doch von Helene mit einem tiefen Aufathmen der Erleichterung begrüßt.

Hellmuth war ihr beim Einsteigen behüßlich und erschickte sich eben an, ihr zu folgen, als Ulrich, der in tiefster Niedergeschlagenheit beiseite stand, schüchtern die Hand auf seinen Arm legte und ihn zum Verweilen nöthigte.

„Bergeben Sie mir meine Zudringlichkeit, Herr,“ sagte er bittend; „aber es drückt mir das Herz ab, und ich glaube, ich thu' mir ein Leid an, wenn Sie mich so zurücklassen, ohne daß ich dem Fräulein alles eingestanden habe und ohne daß sie mir verziehen hat! Meine Strafe bekomme ich ja ohnedies, und es ist wahrhaftig nicht deshalb, daß ich Ihnen lästig falle, denn da können Sie mir doch nicht helfen!“

Hellmuth zauderte für einen Augenblick unschlüssig. Die einsame Wagenfahrt mit Helene konnte ihm manche Vortheile gewähren; aber auf der anderen Seite konnte er sich vielleicht auch von den Gesandnissen Ulrich's die Gewinnung neuer Waffen gegen den Büchelhofbauer versprechen, und diese letztere Erwägung mußte für ihn ausschlaggebend sein.

„Steigt ein!“ sagte er kurz. „Fräulein Engelhardt hat allerdings ein Recht darauf, Ihre Erklärungen zu hören, und es möchte sich schwerlich noch einmal an einem anderen Orte Gelegenheit dazu finden! Aber hütet Euch uns ein einziges unwahres Wort zuzagen! Es würde schwer auf Euch zurückfallen!“

nicht der Nähe nach alles vom Suffrage universel ab?" Und hat man den Arbeitern nicht stets gelehrt, sich der Wahlurnen statt der Barricaden zu bedienen und in ihre Büchsen Stimmzettel statt Blei zu stecken? Die Arbeiter haben nun diese Lehren befolgt und wollen sie auch fernerhin befolgen. Sie befinden sich also auf dem legalen Wege. Stößt man nun deren Wahlen um, indem man dem Gewählten sagt: Du hast entweder auf dein Mandat oder auf dein Brot zu verzichten, dann sind die, welche die Arbeitermandatare vor die Alternative stellen, in die Schranken zu weisen, dann hat die Staatsgewalt gegen sie einzuschreiten, gegen sie vorzugehen. Herr Loubet thut aber das Gegentheil. Da es ihm nicht gelang, durch die nach Carmaux entsendeten Soldaten und Gendarmen die Streikenden einzuschüchtern, hoffte er dies durch den Präfectoral-Erlaß zu erreichen und sie nöthigenfalls zu Ausschreitungen zu drängen. Die Streikenden haben aber ein zu großes Vertrauen in die Gerechtigkeit ihrer Sache, als daß sie sich durch irgend welche Provocationen zu unbedachten Handlungen hinreißen ließen. Haben sie schon zwei Monate ruhig ausgeharrt, werden sie auch noch die wenigen Tage ausharren, die sie noch von dem Zusammentritt der Kammer trennen, wo ihre Sache ausgefochten und zweifellos zu ihren Gunsten ausgefochten werden wird. Der radicale Abgeordnete von Tarn, Dupuy-Dutemps, hat bereits angekündigt, daß er die Regierung bezüglich der von der Gruben-Gesellschaft begangenen Verletzung der Rechte des Suffrage universel interpelliren werde, sowie bezüglich der Mittel, welche die Regierung anzuwenden gedenkt, um die Wiederaufnahme der Arbeit herbeizuführen und die Wiederholung ähnlicher Vorkommnisse für die Zukunft hintanzuhalten.

Der Ministerpräsident dürfte da in seiner Eigenschaft als Minister des Innern vergeblich auf seine Pflicht hinweisen, die Ordnung aufrecht zu erhalten und das Eigenthum zu schützen, denn wenn in Carmaux irgend etwas ernstlich in Gefahr war und ist, so ist es das allgemeine Stimm- und Wahlrecht, und wenn die Regierung eines demokratischen Staates irgend etwas zu schützen die Pflicht hat, so ist es in erster Linie eben dieses Stimm- und Wahlrecht. — (Die antidemokratische Macht des Capitalismus ist aber nicht aus der Rechnung zu lassen.)

Darüber werden Herrn Loubet alle noch so tendenziös gefärbten Berichte des Präfecten und sonstiger Untergebner nicht hinweghelfen, und zwar um so weniger, als seit Ausbruch des Streiks stets mehrere, sowohl socialistische, wie bürgerlich-republikanische Abgeordnete — Genosse Baudin, Abgeordneter des Cherdepartements, die ganze Zeit hindurch — sich in Carmaux befanden und die Sachlage ganz genau kennen. Wenn übrigens Jemand in der Lage ist, ein unparteiisches Urtheil über das Verhalten der Streikenden abzugeben, so sind es sicherlich die Bürgermeister der Gemeinden, über die der „kleine Belagerungszustand“ verhängt wurde. Dieselben haben nun in einer gemeinsam abgegebenen Erklärung, „der Ruhe, welche die Arbeiterbevölkerung dieser Gemeinden seit Beginn des Streiks bewiesen hat“, ihre vollste Anerkennung ausgesprochen und demzufolge sich auch geweiert, die

„Ich werde Sie gewiß nicht belügen, Herr! Was sollte es mir auch nützen!“ gab er mit einem tiefen Seufzer zurück. „Ich bin ja so wie so ein verlorener Mann!“

Während Hellmuth und Helene im Fond des Wagens saßen, nahm er ihnen gegenüber auf dem schmalen Rücksitz Platz, und das junge Mädchen wendete nichts gegen seine Gesellschaft ein.

Ohne eine nochmalige Aufforderung abzuwarten, erzählte Ulrich nun Alles, was er von den Anschlägen des Büchelhofbauers zu berichten mußte, und mit einer Genauigkeit und Befriedigung, die leicht begreiflich war und die ihn mit keiner geringen Hochachtung vor seinen eigenen Talenten erfüllte, sah Hellmuth, daß ihn keine seiner Vermuthungen betrogen hatte.

Am folgenden Vormittag war der junge Rechtsanwalt bereits in der Lage, seiner Clientin, die sich mit ihrer Begleiterin wieder in Stuttgart befand, die Mittheilung zu machen, daß nunmehr auch das letzte Hinderniß für die Erhebung der Erbschaft beseitigt sei und daß die Auszahlung derselben an ihn noch am nämlichen Tage erfolgen würde.

Er hatte erwartet, daß diese Eröffnung einen sehr bedeutenden Eindruck auf sie machen würde und er war einigermaßen enttäuscht, als er wahrnahm, daß sich der ruhige Ausdruck ihres tristen, blassen Gesichtes auch nicht einen einzigen Augenblick veränderte und daß keine Regung der Freude in ihren Mienen bemerklich wurde.

Rundma- lung des Präfecten zu afficiren, die ihrer Ansicht nach „von den Bewohnern ihrer Gemeinde nur als eine Provocation betrachtet werden könnte.“ Und diese Erklärung steht nicht allein auf Seiten der Streikenden, alle republikanischen Blätter, soweit sie nicht im Solde der Regierung stehen, legen ihre Stimmen für sie ein. Die Entrüstung über das Verhalten der Regierung ist eine allgemeine, und wenn nicht alle Anzeichen trügen — es sei denn, daß die Regierung noch in letzter Stunde die Grubengefellschaft zur Capitulation zwingt —, dann wird das Ministerium Loubet bald — gewesen sein. (Originalcorrespondenz des „Vorwärts“.)

Socialpolitische Rundschau Deutschland.

Ganz entzückt ist die „Germania“ über eine Notiz der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zur Militär-vorlage, nach welcher dieselbe zur Durchführung mehrere Jahre in Anspruch nehmen würde. Die „Germania“ spitzt die Zunge und läßt durchblicken, daß, wenn die Vertheilung der nöthigen Mittel darunter verstanden werden könnte, dann — ja dann ließe sich ja ein neuer Anhalt zur Schacherei finden. Aber das Blatt wird wohl auf diese Freude verzichten müssen, denn offenbar versteht die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bei ihrer Angabe nur die technischen Einrichtungen.

Als Weihnachtsgeschenkung ist dem Volke das Steuerbouquet, das die Kosten der neuen Militär-forderungen decken soll, zugebracht; es heißt, daß die geplanten „Finanzvorlagen“ dem Reichstage erst um Weihnachten zugehen sollen. Für jede der Steuerquellen, die herangezogen werden sollen, werde eine besondere Vorlage gemacht werden. Der Hauptbetrag werde auf die Getränkesteuern, Bier, Branntwein, vielselt auch Schaumwein, fallen. Nach der „Köln. Volkszeitg.“ ist eine Flaschensteuer von 50 Pf. auf deutschen Schaumwein geplant. Die Erhöhung der Biersteuer werde auf das Liter nur einen Pfennig betragen. Die neue Branntweinsteuer solle den Preisunterschied zwischen beiden Steuerfällen um 5 M. herabsetzen, indem der Steuerfuß für den Contingents-branntwein von 50 auf 55 M. erhöht werden solle. Von den ca. 40 Millionen der Branntweinsteuer-Liebesgabe würden den agrarischen Branntweinbrennern also großmüthig 30 Millionen erhalten bleiben. So will es die „ausgleichende Gerechtigkeit“ im christlichen deutschen Reiche. Den „Münch. N. Nachr.“ zufolge ist man indessen von der gesammten Biersteuer bereits zurückgekommen. Das Blatt läßt sich aus Berlin melden:

„Wie ich aus guter Quelle vernehme, hat der Widerstand Bayerns gegen die Pläne der Reichsregierung, betreffend Bierbesteuerung und betreffs theilweiser Dedung der Kosten der neuen Militärvorlage, dahin geführt, daß man von der geplanten Erhöhung der Biersteuer wieder abgegangen ist.“

Natürlich wird man auch nicht vergessen, „die Preise des armen Mannes“ mit einer neuen Abgabe zu beladen. Wozu brauchen die Armen auch solchen Luxus! Viel wichtiger ist es ja, daß die Herren Junker selbst aus den Erträgen der Getreidezölle und Branntweinprämien „standesgemäß“ leben und ihren Söhnen auf

Mittelsdorenreiger konnte er von dem einmal gefaßten Entschlusse, seine Bewerbung um ihre Hand unter dem unmittelbaren Einflusse der guten Neuigkeit anzubringen, nicht mehr abgehen, und nach einigen geschickten Bemerkungen allgemeiner Natur, in denen er auf die letzten Ereignisse und auf die Gefahren anspielte, denen sie auch weiterhin ohne den künftigen Schutz einer männlichen Hand ausgesetzt sein würde, kam er wenn auch zögernd, so doch wohlüberlegter ruhiger Weise mit seinem Antrage heraus. Er glaube ihr bereits Beweise seiner Uneigennützigkeit und aufrichtigen Freundschaft in genügender Anzahl gegeben zu haben, um vor dem unwürdigen Verdacht geschützt zu sein, daß ihn der Gedanke an ihr Vermögen bei seinem Wunsche, sie zu belügen, irgendwie beeinflusst haben könnte. Seine gesellschaftliche Stellung sei eine derartige, daß sie fortan alle Wünsche, die sie nur immer an das Leben stellen könnte, erfüllt sehen würde, und wenn er sich auch nicht verhehle, daß seine Familie, in öden Standesvorurtheilen befangen, mancherlei Schwierigkeiten gegen die Verbindung erheben würde, hege er doch die feste Ueberzeugung, daß es der Kraft seiner treuen Liebe gelingen werde, all diese Hindernisse binnen kürzester Zeit aus dem Wege zu räumen. Sie aber wolle er von nun an auf seinen Händen durchs Leben tragen, und er werde keine heftigere Aufgabe kennen, als die, sie völlig glücklich zu sehen.

Helene hatte ihm mit großer Befürzung zugehört; denn wenn ihr auch schon manchmal der Gedanke an

den Universitäten ein „standesgemäßes“ Lotterleben ermöglichten.

In dem Sparsystem der Eisenbahnverwaltungen wird der „Freis. Btg.“ ein neuer charakteristischer Beitrag aus Hamburg mitgetheilt. Das dortige Betriebsamt hat für die Folgezeit die Mittel für die bisher in einer Reihe von Betriebsbüchsen zum Gebrauch für das Arbeitspersonal angebracht gemessenen erprobten Böhming'schen Wasserfilter nicht mehr bewilligt, sondern deren Entfernung zum 1. d. M. angeordnet. Dieses Vorgehen erscheint besonders seltsam in einer Calamität und in einem Augenblick, wo von allen Seiten und besonders auch von Seiten der Hamburger Behörden nicht nur im speciellen, sondern auch im allgemeinen deutschen Interesse die größten Anstrengungen gemacht werden, um besonders der arbeitenden Klasse ein gutes und gesundes Trinkwasser zu verschaffen und zugänglich zu machen.

Die Conservativen unter sich. Man schreibt der „Volke-Zeitung“ aus dem Wahlkreise Herford-Galle: „Er hat System in der Sache, der Herr von Wossu-Hammerstein, das muß man ihm lassen. Ein Artikel der „Kreuzzeitung“, in welchem die neue Wahl eines Stadtverordneten-Vorlesers in Berlin besprochen wird, lieferte mir dafür einmal wieder den schönsten Beweis. Man muß einen Blick hineingethan haben in die Küche, in der Herr von Hammerstein kocht, um derartige Artikel zu verstehen. Mir kommt dabei ein Ereigniß aus dem Jahre 1890 in Erinnerung. Herr v. Hammerstein war in dem benachbarten Wahlkreise Bielefeld-Wiedenbrück durchgefallen, und zwar war es der dortige Landrath gewesen, der als gemäßigt-conservativer Candidat den Durchfall des Kreuzzeitungs-Freiherrn verschuldet hatte. Das mußte gerochen werden. Die Gelegenheit dazu fand sich bald. Als sich einige Zeit nach der Wahl eine auf Bielefeld bezügliche Polemik zwischen der nationalliberalen und der hochconservativen Presse erhob, da erschien in Nr. 276 der „Kreuzzeitung“ im Jahre 1890 gegen den Bielefelder Landrath ein heftiger Ausfall, dessen eigentlichen Zweck nur derjenige verstand, welchem folgender von Herrn von Hammerstein selbst verfaßter Commentar bekannt war: „Der Mann (der Landrath v. Ditsfurth) muß aus Bielefeld fort, sonst wird keine Ruhe. Ich hoffe es auch zu erreichen.“ Das sagte Herr v. Hammerstein nicht in der „Kreuzzeitung“, sondern in einer Instruction an seine westfälischen Freunde. Ein hübsches System: der unbequeme politische Gegner muß aus seiner Stellung gebracht werden, mag derselbe selbst ein tüchtiger und beliebter Landrath sein, der nicht einmal zu den verhassten Juden zählt. Da hat der Herr Pastor Dieß in Melsungen, ein Intimus des Herrn von Hammerstein, doch noch „mildere“ Vorschläge. Er schrieb bei Bekanntwerden der Candidatur des Landraths Ditsfurth: „Dr. Klasing (Führer der Stöcker'schen in Bielefeld) soll dem Landrath gelegentlich einmal ins Gesicht speien.“ — Nun, der Landrath ist noch immer nicht fort aus Bielefeld und Dr. Klasing wird auch wohl den freundschaftlichen Auftrag nicht ausgeführt haben. Ob bei den nächsten Wahlen in Bielefeld „Ruhe“ sein wird, das wollen wir abwarten. Das dort erscheinende fromme Blatt, die „Neue Westfälische Volkszeitung“, behauptete ja vor einiger Zeit

ähnliche Absichten von seiner Seite gekommen war, so hatte die augenscheinliche Selbstlosigkeit seines Verhaltens sie doch immer wieder davon zurückgebracht. Und namentlich sein zartes und ritterliches Benehmen am gestrigen Abend hatte ihr als eine Bürgschaft geizt, daß es nur eine rein freundschaftliche Genügnung sei, die er für sie hege und die ihn veranlaßt habe, sich ihrer Interessen mit so großem Eifer anzunehmen.

Sie befand sich jetzt seinem überraschenden Antrage gegenüber in der peinlichsten Verlegenheit; darüber freilich, wie ihr eigenes Gefühl sich zu der Bewerbung stellte, war sie keinen Augenblick im Zweifel; denn in ihrem Herzen war die Liebe zu jenem, der sie verheiratet hatte, noch immer so lebendig, daß der Gedanke, einem anderen Manne angehören zu sollen, sie fast mit einer Regung des Entsetzens erfüllte. Aber sie verhehlte sich nicht, daß der junge Rechtsanwalt durch seine hingebende Sorgfalt und sein selbstloses Bemühen um ihren Vortheil ein gewichtiges Anrecht auf ihre Dankbarkeit erworben habe und daß er sich durch eine einfache Zurückweisung mit Nichtschwer gekränkt fühlen dürfte.

Schaudernd dachte sie daran, welchen Ausgang die schändliche Intrigue ihres Oheims ohne seine Dazwischenkunft genommen haben würde, und es wollte ihr angesichts dieser Erinnerung für einen Augenblick fast als eine unabweisbare Pflicht erscheinen, mit Aufopferung ihres eigenen Lebensglückes seinem Wunsche zu willfahren. (Fortsetzung folgt).

einmal, daß man in dem Lager der Ravensbergischen Conservativen wieder ein Herz und eine Seele sei. Vielleicht tragen noch einige weitere Beiträge meinerseits dazu bei, um diese curiose Freundschaft zu befestigen.

Auch dem Fiskus beginnt die Sachsengängerei Bauchgimmen zu verursachen. Die Spagen piffen's schon längst von den Dächern, daß die in den staatlichen Forsten beschäftigten Arbeiter sehr niedrig bezahlt werden, wenn auch vielleicht etwas besser als ihre Kollegen von den Privatwäldungen. Oben merkt man erst jetzt, daß durch den Fortzug geschulter Waldarbeiter den Forstverwaltungen „mitunter große Verlegenheiten“ entstehen. Deshalb ist, wie die „Tägliche Rundschau“ erfährt, vom Ministerium angeordnet worden, den Einwohnern der Walddörfer in den Forsten mehr als bisher Grundstücke zu mäßigen Pachtpreisen zu überlassen, um sie fester an die Heimath zu binden. — Wir machen in unserer socialdemokratischen Unbescheidenheit auf ein viel einfacheres und ausgiebiger helfendes Mittel aufmerksam. Man bringe die Löhne der staatlichen Arbeiter auf diejenige Höhe, welche sich für die „Musteranstalten“ des Staates schickt; man verkürze nach gleichem Gesichtspunkt den Arbeitstag und behandle die Arbeiter mit collegialer Freundlichkeit, so wird es dem Fiskus an Collegiern nicht mangeln und die socialdemokratische Presse wird sich mit großem Vergnügen der Mühe unterziehen, dann die staatlichen Betriebe den Privatunternehmern als Muster vor Augen zu führen. Jetzt ist das unmöglich, denn die staatlichen Betriebe werden jetzt nach teuren arbeiterfreundlichen Grundsätzen verwaltet, als die Privatbetriebe. Wie es mit der Arbeiterfreundlichkeit steht, die in den letzteren gebräuchlich, darüber geben die Acten in Sachen Kühnemann-Berlin und Reinhardt-Staßfurt genügend Auskunft.

Ein merkwürdiges Zeugniß stellt die „Kreuzzeitung“ den „führenden Elementen“ der Socialdemokratie aus. Die Wahl Kronawitters in Wien zum österreichischen Reichsraths-Abgeordneten hat das antisemitische Herz der „Kreuzzeitung“ umgewendet und ihr Gemüth so verwirrt, daß sie das alte Märchen wieder aufsticht, die Socialdemokratie arbeite mit jüdischem Geld und habe diesem Umstand ihre Erfolge zu verdanken. Wörtlich fügt das Blatt seinem Bornesausbruch über die Wahl Kronawitters hinzu:

„Auch die jetzt triumphirende Socialdemokratie aber wird früher oder später die Erfahrung machen, daß das Bündniß mit dem Judenthume für jede Partei, die ein solches einget, den inneren und damit unausbleiblich zuletzt auch den äußeren Ruin bedeutet. Reiche Mittel zu haben ist gewiß erwünscht; die Gefahr auf das Geld und diese Macht allzumal zu bauen und in der Armut lässig zu werden, liegt indessen doch sehr nahe, manchmal gewinnt man den Eindruck, als ob auch die eghem unermüdete Socialdemokratie schon etwas von diesem Einflusse spüren ließe. Namentlich macht sich derselbe bei den führenden Elementen geltend, die das Bedürfnis nach Ruhe um so stärker empfinden müssen, je weniger sie durch Jahre und Jahrzehnte hindurch in der Lage gewesen sind, sich dieselbe zu gönnen.“

Somit lautet bekanntlich das Urtheil der „Kreuzzeitung“ über die Führer ganz anders. Sehr putzkämmerlich heißt es dann in der Regel: „Sie mästen sich von den Arbeitergroßen.“ Daß zur Last Ruhe gehört, weiß man; da aber nach obigem Zeugniß der „Kreuzzeitung“ die Führer sich Jahre und Jahrzehnte hindurch keine Ruhe gönnen, so muß der Vorwurf des Sichmästens grundlos sein. Das hindert jedenfalls die „Kreuzzeitung“ und andere Preßkosaken nicht, gelegentlich wieder von den Führern als Schlemmern zc. zu reden. Die Freude wird aber das Blatt nicht erleben, zu sehen, daß die „führenden Elemente“ lässig werden, des können wir das edle Blatt versichern. Noch manchmal wird es höhnend klagen über die rastlose Thätigkeit der Socialdemokratie, bis es — selbst ausgeklagt haben wird.

Wiedereinführung der Leibeigenschaft. Das ist das Ideal, welches den Grundbesitzern vor-schwebt und was sie zu erreichen suchen. Der „Frankfurter Ztg.“ wird geschrieben:

„Der landwirtschaftliche Verein für das Herzogthum Halberstadt und die Grafschaft Bernburgerode beschäftigte sich in seiner Monatsversammlung u. A. mit dem bekannten Thema „Contractbruch ländlicher Arbeiter“ und nahm nach einem Vortrage des Anwaltlers vom Verband zur Besserung der ländlichen Arbeiterverhältnisse eine Resolution an, die in der „wachsenden Desorganisations der ländlichen Arbeiterverhältnisse und der überhandnehmenden Neigung der ländlichen Arbeiter zum Contractbruch“ eine schwere Gefahr für den gedeihlichen Fortbestand der Landwirtschaft erblickt und beim landwirtschaftlichen Centralverein der Provinz beantragt, unverweilt um eine reichsgesetzliche Regelung dieser Verhältnisse vorstellig zu werden und zwar auf der Grundlage, 1) daß die preussische Gesinde-Ordnung vom 24. April 1854 auf das gesamte Reich (nach einer Nachprüfung und Ergänzung) auszudehnen ist; 2) die Strafbarkeit der Anstiftung zum Contractbruche erklärt, der-

gestalt, daß der Arbeitgeber, der einen Arbeiter zum Contractbruche anstiftet oder einen contractbrüchigen Arbeiter wissentlich in Dienst nimmt, für den dem verlassenen Arbeitgeber aus der Arbeitseinstellung erwachsenden Schaden haftet; 3) kein Arbeiter innerhalb des Reiches ohne einen Losschein zur Arbeit eingestellt werden darf, den jeder Arbeiter nach rechtmäßiger Lösung seines Arbeitsverhältnisses fordern darf.“

Jene Gesindeordnung, die im Jahre 1810 erlassen wurde und seitdem nur unwesentliche Abänderungen erfahren hat, die möchten jene Herrn für das Reich haben. Jene Verordnung, deren Geist am besten aus den §§ 76 und 77 hervorgeht, die folgenden Wortlaut haben: Die Befehle der Herrschaft und ihre Verweise muß das Gesinde mit Ehrerbietung und Bescheidenheit annehmen. Reizt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Betragen zum Zorn und wird in selbigem von ihr mit Scheltworten oder geringen Thätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugthuung fordern.“ Das Recht, die Arbeiter prügeln zu dürfen, ohne daß diese das Recht zur Klage haben, wäre recht schön, aber es reicht noch nicht aus. Der Contractbruch muß bestraft werden, und die Arbeiter müssen durch Reichsgesetz zum Eigenthum der Grundbesitzer erklärt werden. Nur dann, wenn sie vom Grundeigentümer einen Losschein erhalten, dürfen sie sich Arbeit suchen. Daß solche Forderungen im letzten Decennium dieses Jahrhunderts noch gestellt werden, ist bezeichnend für den Kulturstandpunkt, auf welchem wir im Zeitalter der Eisenbahnen und Telegraphen angelangt sind.

Wie die capitalistische Produktionsweise die Armut erzeugt. Aus eingehenden, in der Zeitschrift der amerikanischen Handelskammern veröffentlichten Nachweisungen geht hervor, daß die menschliche Arbeitskraft in einer großen Zahl von industriellen Verbänden auf amerikanischem Boden trotz der weit höheren Löhne dennoch billiger zu stehen kommt, als in Europa. Der auffallende Widerspruch dieser Erscheinung findet aber seine Erklärung in ganz bestimmten tatsächlichen Verhältnissen. So z. B. erfordert die Menschenarbeit, welche bei dem Weben gewisser ordinärer Baumwollzeuge in Anschlag zu bringen ist, für je 100 Ellen (Yards) in Frankreich 3 Fr. 40 Centimes, in Deutschland und in der Schweiz 3 Fr., in England 2 Fr. 75 Centimes als Lohnquotient, in Amerika dagegen einen solchen von nur 2 Fr., was darin begründet ist, daß in den genannten europäischen Staaten ein Arbeiter nur je zwei oder drei Stühle bedient, während in Amerika deren 6 bis 8 von dem einzelnen Arbeiter überwacht werden. Die gleiche Oekonomie der Menschenkraft läßt sich auch in der Erzeugung von Stahl nachweisen, bei welcher der amerikanische Arbeiter gleichfalls mehr verdient und dennoch billiger producirt als der europäische. Eine bemerkenswerthe Bestätigung des Gesagten liefert die amerikanische Uhrenfabrikation. In einem der größten Etablissements dieses Industriezweiges, in welchem die sogenannten „Waterbury“-Wand- und Taschenuhren fabricirt werden, welche in Europa sowohl wegen ihres niedrigen Preises als ihrer Güte immer größere Verbreitung finden, verdient der Arbeiter einen durchschnittlichen Wochenlohn von 53 Fr., das ist ungefähr viermal so viel als in der Schweiz, im französischen Jura und im Schwarzwald. Jene Fabrik beschäftigt 420 Arbeiter, von denen die Hälfte weiblichen Geschlechts ist; 9000 Wanduhren werden hier wöchentlich für den Markt fertiggestellt. Den Händlern werden diese Uhren zu dem Preise von 7 Fr. 50 Centimes pro Stück verkauft; die Einnahmen der Fabrik belaufen sich daher auf 67500 Fr. wöchentlich. Die von der Fabrik für den gleichen Zeitraum bezahlten Löhne stellen sich aber nur auf 22500 Fr.; durchschnittlich erhält also jeder Arbeiter für je eine der fabricirten Uhren 2 Fr. 50 Cent., das ist ein Drittel des Verkaufspreises. Im Schwarzwald dagegen muß die Handarbeit auf drei Fünftel des von dem fabricirten Objecte erzielten Verkaufspreises veranschlagt werden. Den erwähnten Handelskammer-Berichten sind auch interessante Daten über die unter dem Einflusse des Dampfes, der Arbeitsmaschinen und der Arbeitstheilung entstandenen Produktionsverhältnisse zu entnehmen. Trozdem man den Contrast zwischen einst und jetzt allgemein kennt und fühlt, ist man doch überrascht, denselben in bestimmten Ziffern ausgedrückt zu finden. So brachte in früherer Zeit ein erwachsener Arbeiter in der Handweberei wöchentlich 42—48 Yards ordinären Shirting zu Stande, während heute ein Weber in der gleichen Zeit, Dank der Maschine, 1500 Yards herstellt. Aus officiellen Zahlen wird nachgewiesen, daß heute 600 Arbeiter genügen, um dasselbe Quantum landwirtschaftlicher Arbeitsgeräthe fertig zu stellen, zu welchem noch vor kaum 20 Jahren 2145 Arbeiter erforderlich waren. Die gegenwärtig von den nordamerikanischen Eisenbahnen mit der Dienstleistung von 250000 Menschen bewirkten Transporte-

ritten vermittelt der Fuhrwerke einer nicht zu fernen Vergangenheit nur mit dem Aufgebote von 13 Millionen Menschen und 54 Millionen Pferden möglich gemacht werden können. Die Betriebskosten der nordamerikanischen Bahnen belaufen sich jetzt auf ca. 3 Milliarden; die gleiche Arbeitsleistung der entsprechenden Zahl von Menschen und Pferden würde aber einen Aufwand von 55 Milliarden erfordern. So macht die fortschreitende Entwicklung der maschinellen Technik und der Theilung der Arbeit immer mehr menschliche Arbeitskraft überflüssig. Diese Thatsache drängt, allem Widerstand des Capitalismus zum Troz, mit zwingender Gewalt zu gründlichen wirtschaftlichen Umwälzungen. Der Capitalismus arbeitet an seiner eigenen Vernichtung. Die Zeit ist nicht mehr ferne, wo die capitalistische Production zur Unmöglichkeit wird.

Schaukel-Schaukel! Einer der Centrumsführer, der jetzt in Deutschland herumreisende Reichstagsabgeordnete Lieber äußerte sich kürzlich in einer Versammlung über die Stellung seiner Partei gegenüber der Militärvorlage:

„Wir wollen weder eine Erhöhung der ohnehin schon schwer drückenden Steuerlasten des Volkes, noch wollen wir eine solche Verwahrlosung der Wehrkraft unseres Vaterlandes, daß wir Gefahr laufen würden, mit unserer Verantwortung den Feind ins Land kommen zu sehen. Und weil wir das Eine so wenig wie das Andere wollen, werden wir bei jeder Militärvorlage bemüht sein müssen, diese beiden Dinge nach Möglichkeit mit einander zu vereinigen und zu veröhnen. . . . Wir werden jederzeit die Sicherheit des Vaterlandes, die niemand von uns Katholiken gefährdet wissen will, abwägen mit der Schwierigkeit, die Steuerlast des Volkes noch mehr, als schon geschehen ist, zu erhöhen. In allen katholischen Versammlungen, in denen ich in Deutschland gewesen bin, hat es geheißen, den Feind ins Land wollen wir nicht haben.“

Wie sich die Bewilligung neuer Militärvorlagen mit der Absicht, keine Erhöhung der Steuerlasten vorzunehmen, anzumemmen soll, wird wohl nur ein Centrumschädel zu capiren vermögen. Der Rede kurzer Sinn ist einfach der: Wir bewilligen Alles — gegen angemessene Bezahlung in anderer Weise.

Hungerlöhne! Trozdem es eine allbekannte Thatsache ist, daß alle Hausindustrie schlecht lohnt, dürfte doch mancher Leser durch Nachstehendes überrascht werden. Eine Frau in Saalfeld mühte sich ab, Puppenbälge herzustellen. Auf unsere Frage nach dem Arbeitslohne erhielten wir den Bescheid, daß für dreißig Dugend — wohl emerkt 360 Stück solcher Bälge zu nähen — vier Mark bezahlt werden. Weit gefehlt wäre es jedoch, anzunehmen, diese horrenden Summe sei wirklicher „Verdienst“, denn von derselben gehen noch ab:

- Für Nähzwirn —,15 Mk.
- Sägepäpne zur Füllung der Bälge . . . —,10 "
- Das Fahrgeld nach und von dem Ab-lieferungsorte —,80 "
- Dortselbst Aufkleben der Puppenköpfe; den hierzu nöthigen Leim . . . —,10 "

Somit verbleiben also für 6 volle Tage strengster Thätigkeit 2,85 Mk. Es kommen somit auf den Tag noch nicht ganz 50 Pfg., sicher genug, um langsam standesgemäß verhungern zu können.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Statthalter von Böhmen, Graf Thun, entwickelt einen colossalen Eifer bei der Verfolgung der Socialdemokraten, neuerdings scheint es, daß er die Armee in großer Gefahr sieht, vom „Rothlauf“ angesteckt zu werden. Es muß weit gekommen sein, wenn die böhmische Statthalterei sich veranlaßt sieht, einen förmlichen Kataster jener Militärpersonen, welche der Socialdemokratie angehören, anzulegen. Graf Thun ist bekanntlich keineswegs wählerisch in seinen Mitteln, wenn es sich um die Rettung des Staates handelt und er weiß, daß er sich auf seine Gendarmen verlassen kann. Ueberdies scheint er sich der Meinung hinzugeben, daß das Gesetz über die Wahrung des Briefgeheimnisses in Böhmen gar nicht kundgemacht worden sei, wie es denn factisch den Arbeitern gegenüber niemals zur Geltung gekommen ist. Nur so läßt sich erklären, daß es der Statthalter von Böhmen mit seiner Pflicht, die Gesetze zu wahren, vereinbar hielt, folgenden Erlaß herauszugeben, welcher auf dem Wege der Bezirkshauptmannschaften an sämtliche Gendarmeriecommandos gelangte:

„Sie werden hiermit aufgefordert, die Namen solcher Personen, welche socialistische Zeitungen halten, rote Maschinen tragen oder überhaupt sich an socialistischen Umtrieben betheiligen und als Referenten oder Landwehrmänner dem Militärverbande angehören, in beiliegendem Verzeichniß zu verzeichnen.“

Dem Erlasse liegt ein Verzeichniß bei mit folgenden Rubriken: Name, Wohnort, Truppencorps. Die

